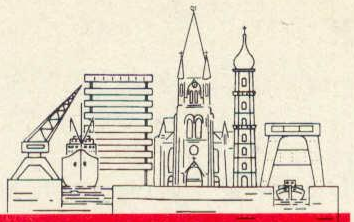
JANUAR 1996



Januar 1996 **Ortsverein Papenburg**

SPD Info

Spielplatzaffäre

Zu turbulenten Auseinandersetzungen führte im September die Entscheidung der CDU, einen Spielplatz zwischen der Baltrumer und der Langeooger Straße mit der Begründung aufzuheben, er sei zu wenig einsehbar und werde von Jugendlichen zweckentfremdet. Tatsache ist, daß ein neuer Spielplatz in unmittelbarer Nähe jetzt für die Allgemeinheit teuer zu stehen kommt, nämlich ca. 250.000,– DM. Tatsache ist auch, daß mehrere Anlieger, die sich gestört fühlten, CDU-Mitglieder sind. Andere in der Nähe wohnende Anlieger hatten sich für den Erhalt des Platzes ausgesprochen. Wir fragen uns, ob der Platz angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt auch aufgehoben würde, wenn er nicht so einflußreiche Bürger stören würde?

Entstanden aus dem schwarzen Nichts: Die Juso-AG Papenburg

Nach vielen Jahren gibt es uns wieder: Die Juso-Arbeitsgemeinschaft in Papenburg. Wir sind zur Zeit 9 Personen, die alle einen Vorsatz haben: Wir wollen unsere Zukunft selber in die Hand nehmen. Wer glaubt, wir seien ein langweiliger Haufen von debattierenden jungen Damen und Herren, den wollen (werden) wir eines Besseren belehren.
Wenn Ihr sagt, die Politik ist stinklangweilig, und die meisten von Euch würden ohnehin nichts davon verstehen, kann ich nur eines sagen:
Ihr habt recht !!!
Aber was soll denn auch anderes dabei rauskommen, wenn eine Horde von Herrschaften gehobenen Alters (Durchschnittsalter etwa 55 Jahre) krampfhaft versucht, so etwas wie z.B. Jugendpolitik auf die Beine zu stellen und darüber endlos lange fachzusimpeln. Um in der Politik für einen frischen Wind zu sorgen, braucht es nicht mehr als ein klein wenig Menschenverstand, den eigentlich jeder besitzen sollte. Wer dann noch von sich meint, ein wenig weiter links zu stehen als der Durchschnitt, ist für eine Mitarbeit bei uns wie geschaffen. Als Themen bearbeiten wir übrigens so Sachen wie: Rechtsextremismus, Situation im Jugendzentrum (Juz), das noch immer ohne genügend Personal arbeitet, und wir machen Politik gegen die eigene Partei (Wir wollen mehr Lehrer und kleinere Klassen...!). Wer bei uns (4 weiblich, 5 männlich, vom Abiturienten bis zum Azubi ist bei uns alles vertreten) mitmachen möchte, kann sich melden bei:

Lutz Richter
Katharinenstr. 12 a
26871 Papenburg
Tel: 04961-73526.

Wir hoffen, daß du gefälligst mal reinschaust.

Auflösung des Jugendamtes

Gegen den Rat von Vertretern der Schulen, der Kindergärten, sozialen Einrichtungen, sogar gegen das Votum des Jugendhilfeausschusses und den Protest der **SPD**, beschließt die CDU die Abgabe des Jugendamtes an den Landkreis.

Der Grund: notwendige Einsparungen
Tatsächliche Einsparungen: 0,00 DM

Haushalt '95

Die **SPD** konnte dem kommunalen Haushalt 95 nicht zustimmen, da von den angemeldeten Maßnahmen der **SPD**-Fraktion nicht eine berücksichtigt wurde, und die Interessen der Papenburger Bürger einfach ignoriert wurden.

Die gleiche Situation ergab sich beim Nachtragshaushalt, wobei noch weitere Probleme hinzukamen, die nicht geklärt waren.

1. Die dringend notwendige Weiterbeschäftigung des Jugendpflegers vom endlich geschaffenen Jugendzentrum war nicht geklärt, obwohl die **SPD** schon lange eine zweite Person fordert, die dringend notwendig ist.

2. Bei der angespannten Finanzlage der Stadt Papenburg war die **SPD**-Fraktion der Meinung, daß die versprochene Maßnahme, das unentgeltliche Aufspülen der Sportanlage von Eintracht-Papenburg, von Mercedes eingelöst werden sollte. Es stellte sich heraus, daß dank der Naivität unseres Bürgermeisters Hövelmann auch diese 90.000,– DM zu Lasten des Steuerzahlers gehen.

3. Bei der Diskussion um die Emsvertiefung wurde stets von Bürgermeister Hövelmann darauf hingewiesen, daß die *Meyer Werft* sich an den Kosten der Ausgleichsmaßnahmen an der Ems und dem Ausbau des Vorhafens beteiligen wolle, die den Steuerzahler mehrere Millionen DM gekostet haben. Die **SPD** kritisiert, daß auch hier noch nichts geschehen ist.

   Oder sollten auch in diesem Fall wieder die Steuerzahler die Dummen sein ?

Verkehrssituation am Obenende

Am Obenende sind drei neue Straßen geplant:

- Verbindungsachse *Bolwinsweg – Bethlehem*
- Straße vom *Bolwinsweg* hinter den Geschäften zur *Michaelisstraße*
- im Zuge der Umgestaltung im Bereich *Michaelisplatz* eine Anbindung der *Umländerwiek* zur *1. Wiek*

Die **SPD** schlägt vor, die Straße vom *Bethlehem* auf der Höhe der Straße *Zum Verlaat* in den *Bolwinsweg* einmünden zu lassen. Der Vorschlag der CDU, diese Einmündung zwischen den Supermarkt und den Baumarkt zu legen, führt zu 4 Kreuzungen auf ca. 300 m. Dies halten wir für zu unübersichtlich. Bei der Straße vom *Bolwinsweg* zur *Michaelisstraße* wünschen wir uns eine rückwärtige Anbindung der Anwohner mit einer fuß- und radläufigen Verbindung zur *Michaelisstraße*. Es sollte hier keinen Durchgangsverkehr geben. Gerade im Bezug auf die Diskussion, die es um die Straße vom *Michaelisplatz* zur *1. Wiek* gibt, fordern die **SPD**-Ratsmitglieder, daß ihnen eventuelle Einwände der Bürger frühzeitig mitgeteilt werden, damit sie sich vor der Beschlußfassung damit auseinandersetzen können, denn die Verkehrsführung muß langfristig und mit allen möglichen Konsequenzen geplant werden, um spätere Folgekosten auszuschließen.

Kindergärten

Nach wie vor unbefriedigend ist die Versorgung mit Kindergartenplätzen. Insgesamt fehlen ca. 550 Plätze im Stadtgebiet. Vor allem im Bereich St. Marien gibt es schon jetzt nicht genug Plätze; die Situation wird sich noch verschärfen, wenn die neue Siedlung kommt.

INUMA GmbH nach über einem Jahr Prüfverlauf

Rund 1/3 (62) der Arbeitsplätze gingen verloren

Im Oktober 1994 begann das Vorprüfamt der Bundesanstalt für Arbeit mit der Überprüfung der Papenburger Firma INUMA (Innovation-Umwelt-Arbeit).
Nach anfänglicher kooperativer Zusammenarbeit wurde am 7. Februar 1995 die Staatsanwaltschaft Osnabrück eingeschaltet. Ein privates Wirtschaftsprüfunternehmen wurde seitens des Vorprüfamtes hinzugezogen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betruges, wobei die persönliche Bereicherung der Verantwortlichen ausgeschlossen wird. Die Geschäftsunterlagen der INUMA und der BIP wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig erfolgten Hausdurchsuchungen bei den Verantwortlichen.
Ergebnisse dieser großangelegten Aktionen wurden nicht bekanntgegeben. Beschuldigungen wurden durch das Vorprüfamt erhoben. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Leer stellte klar, daß das vereinfachte ABM-Verfahren rechtmäßig ist.
Es wurde weitergeprüft und es erfolgte eine weitere Großaktion der Staatsanwaltschaft am 28. März 1995, mit Hausdurchsuchungen bei den Verantwortlichen, Behörden und Geschäftspartnern. Privatkonten der Betroffenen wurden überprüft.
Der Leiter der Vorprüfgruppe stellte nach diesen Aktionen öffentlich fest, daß kein **ent**lastendes Material gefunden wurde. Er verschweigt bewußt, daß auch kein **be**lastendes Material vorhanden ist.
Proteste der Belegschaft und politischer Einsatz führten dazu, daß am 21. April 1995 die für die Geschäftsführung wichtigen Akten durch die Staatsanwaltschaft freigegeben wurden.
Eine Abordnung des Betriebsrates schilderte dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda am 15. Mai 1995 die Vorgehensweise der Prüfgruppe und die negativen Auswirkungen auf den Betrieb.
Am 15. Mai 1995 erfolgte die Verlagerung der Zuständigkeit zur Oberstaatsanwaltschaft nach Oldenburg und der Abschluß der Prüfungen wurde angekündigt.
In letzter Zeit deutet alles darauf hin, daß der Abschluß des strafrechtlichen Vorgangs bevorsteht. Tritt der Fall ein, sind die Beschuldigten rehabilitiert – die Rufschädigung wird bleiben. Schwerwiegender ist der angerichtete betriebliche Schaden, dessen Auswirkungen sich in der Zukunft zeigen werden.
Fest steht, daß rund 1/3 der Belegschaft direkt oder indirekt durch die Prüfungsauswirkungen ihren Arbeitsplatz verloren haben.
Betrachtet man die Kosten der Prüfung, nach vorsichtigen Schätzungen in zweistelliger Millionenhöhe, hätte mit diesen Versichertengeldern aus der Kasse der Solidargemeinschaft der Arbeitnehmer doch sehr viel Sinnvolleres, z. B. eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die am Arbeitsmarkt Benachteiligten betrieben werden können.

Wußten Sie schon...

... daß die Stiftung *Schutz der Umwelt* 50.000,– DM für die Neugestaltung des Stadtparks zur Verfügung stellt.

... daß in einem Zeitraum von 3 Monaten 520 Tonnen nichtverwertbare Stoffe in den *gelben Säcken* enthalten waren.

... daß es in Papenburg insgesamt 64 Abgabestellen für verwertbare Stoffe gibt.

... daß fast alle Anträge der **SPD** von der CDU-Mehrheit abgelehnt werden.

Mit dem Kopf durch die Wand

Dauerbrenner: Frauenhaus

Gegen den Protest von Papenburger Frauengruppen, entgegen klarer Aussagen der Bezirksregierung und gegen die Entscheidung des Frauenministeriums in Hannover beschließt die CDU, ein Frauenhaus auf dem Gelände der Johannesburg zu errichten.

Die Folgen:

Personalkostenzuschüsse des Landes bleiben aus, der Bau des Frauenhauses wird weiter vor sich hergeschoben, bedrohte Frauen und ihre Kinder müssen sich weiterhin mit mangelhaften Räumlichkeiten und mit nur unzureichender Betreuung zufriedengeben.

Politik für die eigene Klientel

30.000,– DM rechtmäßig erhobener Pachtgebühren läßt die CDU wegen eines Wahlversprechens an einige Landwirte zurückzahlen.
Zur gleichen Zeit beschließt die CDU-Mehrheit die Streichung von knapp **30.000,– DM** für Klassenfahrten und Ferienfreizeiten.

Wir sind der Rat

Lange Jahre hat die CDU sich geweigert, eine hauptamtliche Frauenbeauftragte zu berufen. Als das Gesetz dies erzwingt, entscheidet sie selbstherrlich:

Einen Tag vor der Wahl der Frauenbeauftragten durch den Rat der Stadt gibt die CDU-Fraktion die Ernennung der von ihr erwählten Frauenbeauftragten in der EMS-Zeitung bekannt.

Die demokratischen Spielregeln bleiben auf der Strecke.

Es zahlt sich aus, CDU-Ratsherr zu sein!

Um ein lukratives Notariatsgeschäft hatten sich so ziemlich alle Papenburger Notare beworben. Statt des von der **SPD** geforderten Losverfahrens schusterte die CDU das Geschäft einem Ratskollegen aus ihren Reihen zu.

Ausbau des Ems-Seiten-Kanals?

Pro:
- Der geplante Ausbau des Dwente-Kanals durch die Holländer erzwingt den Ausbau des Ems-Seiten-Kanals, da sonst die Emsregion vom Binnenschiffsverkehr abgeschnitten wird.

Kontra:
- Die Ausbaufläche für den Dwente-Kanal sind gestoppt; die Mittel der EU für einen Ausbau wird es wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit nicht geben. Ein hoher Regierungsbeamter: „Der Dwente-Kanal ist so tot, toter geht es nicht."

Pro:
- der Ausbau des Ems-Seitenkanals macht eine Reihe von Schleusen überflüssig.

Kontra:
- Die Frage der Emsschleusen stellt sich frühestens in 30 Jahren (solange wird ihre Lebensdauer noch geschätzt). Derzeit ergibt sich aus ihrem Zustand keine Notwendigkeit für Neubauten.

Pro:
- Die Schlickbeseitigungskosten an der Schleuse Herbrum entfallen.

Kontra:
- Diese Kosten entstehen an anderer Stelle (Schleuse Papenburg) neu.

Pro:
- Die Verlagerung von Gütern auf das Wasser ist ökologisch notwendig.

Kontra:
- Die Massengüter, die, wie einst Kohle und Eisenerz, auf Schiffe verlagert werden könnten, gibt es nicht mehr und sind auch nicht in Aussicht. Die ökologische Bilanz (geringer Verlagerungsgewinn gegen Zerstörung eines hochwertigen Biotops) ist negativ.

Pro:
- Der Ausbau erlaubt den Einsatz größerer Schiffseinheiten, dadurch Sicherung der Rentabilität des Binnenschiffs.

Kontra:
- Die Ladekapazität der jetzt die Ems befahrenden Schiffe ist nur 50% ausgelastet – der Gütertransport auf der Schiene nur zu 10%. Außerdem: Die Konkurrenz zwischen Straße, Schiene und Wasser führt nicht zu einer ökologisch sinnvollen Verlagerung von Transportgütern, sondern zu Preisdumping.

Pro:
- Der Ausbau erlaubt die ökologische Aufwertung der Ems als Ausgleichsmaßnahme.

Kontra:
- Argument gilt nur für die Innendeichflächen der Ems, nicht für die Ems selbst. Ihre Entkanalisierung ist undenkbar und würde die an der Ems entstandenen Freizeitbereiche und Freizeitflächen gefährden.

Fazit:

In der Abwägung von Pro- und Kontra-Argumenten ergibt sich ein erdrückendes Übergewicht der Kontra-Argumente. Hinzu kommen weitere, denen überhaupt kein Pro-Argument entgegengesetzt werden kann:

- **Ausbaukosten:** Von Papenburg bis Meppen: 1 Mrd. DM, von Papenburg bis zum Mittellandkanal: 2 Mrd. DM. Die Nutzen-Kosten-Berechnung liegt weit unter dem Wert 1. Notwendig wäre der Wert 3. In den genannten Summen sind nicht einmal die Kosten enthalten, die für Ausgleichsmaßnahmen, Brückenbauten, Kanalisationsverlegungen, Landankäufe usw. anfallen. Für diese Kosten gibt es nicht einmal Schätzungen. Sie dürften aber höher als die Ausbaukosten liegen.
- **Naturzerstörung:** Die vielen unterschiedlichen Biotope des heutigen Ems-Seiten-Kanals sind miteinander vernetzt und enthalten viele Rote-Liste-Arten und davon einige, die z.T. in der BRD nur noch hier vorkommen. Die Wiederherstellung dieser Biotope an anderer Stelle ist unmöglich.
- **Verlust von Naherholung und Freizeitsport:** Angler, Taucher, Spaziergänger, Badegäste verlieren ihren Aktionsraum; der letzte naturbelassene Naherholungsbereich im Raum Papenburg geht verloren.
- Unsere Meinung als **SPD** Papenburg: Der Ausbau des Ems-Seitenkanals ist ökonomisch unsinnig, ökologisch unvertretbar und für uns alle ein schmerzlicher Verlust an Lebensqualität.

Sport

Immer wieder weisen die **SPD**-Fraktionsmitglieder im Sportausschuß darauf hin, daß alle Sportvereine gleich behandelt werden müssen. Nicht die Vereine mit der größten Lobby im Ausschuß dürfen die höchsten Zuschüsse bekommen. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, daß das Hallenbad nach und nach attraktiver gestaltet wird und daß die Möglichkeit einer Beheizung des Freibades geprüft wird.

St. Marien

Endlich stehen die ersten Bauplätze für die Bürger in St. Marien zur Verfügung.
Wir freuen uns darüber !

und wußten Sie schon...

... daß die SPD von Anfang an für eine ganzjährige *Autofreie Zone* am Hauptkanal plädierte.

... daß im letzten Sommer das erste Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen wurde.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!
Für das kommende Jahr 1996 wünschen wir Ihnen alles Gute und viel Glück!

V.i.S.d.P.: SPD-Papenburg B. Bloem, Rosenstraße 48, 26871 Papenburg